



Pet 3-19-05-05-016979

92318 Neumarkt

Rüstung und Abrüstung auf
internationaler Ebene

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 17.12.2020 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition soll erreicht werden, dass es in Europa zu keiner militärischen Aufrüstung kommt.

Zur Begründung seines Anliegens trägt der Petent vor, dass Europa nach dem Aussetzen des INF-Abkommens durch die USA und Russland reagieren müsse. Es dürften keine weiteren Atomwaffen, Mittel- und Langstreckenwaffen, weder landgestützt noch zu Wasser, auf europäischem Grund stationiert werden. Deutschland solle seine Vorbildfunktion ausbauen sowie gegen Krieg und Tyrannei arbeiten und diese nicht begünstigen.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss mehrere Eingaben mit ähnlicher Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs mit dieser Petition einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung unterzogen wurden. Hierbei hat der Ausschuss alle vorgetragenen Aspekte berücksichtigt, auch wenn nachfolgend nicht auf sämtliche Gesichtspunkte im Einzelnen eingegangen werden kann.



Die Petition wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht und zur Diskussion bereitgestellt. Ihr schlossen sich 231 Mitzeichnende an und es gingen 17 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung – dem Auswärtigen Amt (AA) – Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen.

Weiterhin hat der Ausschuss zu der Petition gemäß § 109 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eine Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses eingeholt, dem der Antrag „Atomare Mittelstreckenwaffen aus Europa verbannen – Europäischen INF-Vertrag verhandeln“ der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/8991) zur federführenden Beratung vorlag.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wird unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammengefasst:

Mit dem Ende des INF-Vertrags ist auch ein Stück Sicherheit in Europa verloren gegangen. Der Petitionsausschuss wie auch die Bundesregierung bedauern dies. Gleichwohl bleiben Rüstungskontrolle und Abrüstung prioritäre Ziele der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bundesregierung will ein neues Wettrüsten in Europa vermeiden. Deutschland wird sich deshalb weiterhin für den Erhalt und die Stärkung der bestehenden internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur einsetzen und nach Möglichkeit neue Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung ergreifen.

Das AA verweist in diesem Zusammenhang exemplarisch auf die erfolgreiche internationale Expertenkonferenz zur rüstungskontrollpolitischen Erfassung neuer Technologien, die auf Einladung des Bundesaußenministers am 15. März 2019 in Berlin stattfand. Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft solle diese durch eine Folgekonferenz mit internationalen Akteuren aus Politik, Industrie und Forschung zu einem Prozess verstetigt werden. Im Rahmen der Missile Dialogue Initiative finde außerdem seit 2019 ein regelmäßiger Austausch auf Expertenebene über die Eindämmung



der Bedrohungen durch Raketentechnologien und andere Themen der Rüstungskontrolle statt.

Auch der deutsche Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im April 2019 sei genutzt worden, um Fragen der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung auf die Agenda zu setzen und eine Bestandsaufnahme des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages vorzunehmen. In diesem Zusammenhang habe die Bundesregierung auch den Dialog mit den Nuklearwaffenstaaten intensiviert, um einerseits für die nukleare Abrüstung eine neue Dynamik zu schaffen sowie andererseits einen Beitrag zum Gelingen der für 2021 angesetzten Konferenz zur Überprüfung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages zu leisten.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung mitgeteilt, dass sie sich auch weiterhin für die Umsetzung realer Abrüstungsschritte einsetze. Im Februar 2020 sei diesbezüglich ein Zusammentreffen zahlreicher Außenministerinnen und –minister im Rahmen der Stockholm-Initiative in Berlin dafür genutzt worden, um für konkrete Schritte zur Beförderung der nuklearen Abrüstung zu werben.

Der Petitionsausschuss teilt durchaus die Sorge des Petenten vor dem Hintergrund der teils stagnierenden Abrüstungsdynamik und der zunehmenden Gefahr eines Zerfalls der weltweiten Rüstungskontrollarchitektur. In Anbetracht der obigen Ausführungen ist er gleichwohl der Auffassung, dass das Ansinnen des Petenten im Grundsatz bereits essentieller Bestandteil der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

Der Petitionsausschuss begrüßt die genannten Aktivitäten der Bundesregierung, die einen Beitrag dazu leisten können, Regeln zur Abrüstung und Rüstungskontrolle zu vereinbaren, die wiederum einen neuen Wettlauf um Atomwaffen verhindern können. Darüber hinausgehend vermag der Ausschuss das Anliegen der Petition nicht zu unterstützen.

Er empfiehlt vor diesem Hintergrund, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.



Der abweichende Antrag der Fraktion DIE LINKE., die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Der gleichlautende abweichende Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.